

# Schwarzwälder Tageszeitung

## Aus den Tannen

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Verlagsgesellschaft: Die einseitige Zeile oben deren Raum 18 Wg., die Reklamezeile 15 Wg. / Erscheinung wöchentl. 6 mal / Bezugspreis: Monatl. 1.50 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pf. / Bei Nichterhalten der Zeitung infolge hoh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Verlags-Redaktion Stuttgart 6780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 287

Altensteig, Freitag den 6. Dezember 1929

53. Jahrgang

### Schacht gegen Youngplan-Verfälschung

Berlin, 5. Dezember. Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat den zuständigen Stellen ein Memorandum zum Youngplan überreicht, in dem er betont, daß es ihm unmöglich sei, weiter zuzusehen, wie die Absichten des Youngplanes verschoben und seine Erfolgsaussichten gefährdet werden. Das, was inzwischen geschehen sei, oder angestrebt zu werden scheine, erfülle ihn mit der allergrößten Besorgnis.

Der Umstand, daß die deutschen Sachverständigen die Tragbarkeit der Youngziffern nicht anerkannt haben, lege auf das klare die Größe der Verantwortung dar, die die Gläubigerjahresverständigen auf sich genommen haben, indem sie die Ziffern für tragbar erklärten. Wenn in den Verhandlungen mit den auswärtigen Regierungen über die Inkraftsetzung des Youngplanes nunmehr von Deutschland über den Youngplan hinaus weitere große Opfer verlangt werden, so sei von vornherein klar, daß die Tragbarkeit der Ziffern des Youngplanes noch vielmehr in Frage gestellt und die Verantwortung der Gläubigerjahresverständigen von den ausländischen Regierungen noch stärker belastet werde. Damit, daß jetzt nahezu jede einzelne Gläubigerregierung versuche, über den Youngplan hinaus weitere finanzielle und wirtschaftliche Leistungen aus Deutschland herauszupressen, verstoßen die ausländischen Regierungen gegen die ausdrückliche im Youngplan ihnen zur Pflicht gemachte Zusammenarbeit. Die finanzielle Entlastung werde durch die zusätzliche Belastung, die man Deutschland außerhalb des Planes zumute, illusorisch gemacht. Es liege keinerlei Veranlassung vor, ohne gleichwertige Gegenleistung freiwillig in irgend einem Punkte auf die Geltendmachung der Klausel zu verzichten, daß Deutschlands frühere Verpflichtungen durch den Youngplan ersetzt werden sollen, oder Zahlungen zu leisten oder Verzichte auszusprechen. Wenn Deutschland sich bereit erkläre, einseitige Empfehlungen der Gläubigerjahresverständigen zu befolgen, so müsse dagegen verlangt werden, daß die Empfehlungen der deutschen Sachverständigen ebenfalls befolgt oder andere Gegenleistungen geboten werden.

Im zweiten Teil des Memorandums wird ausgeführt, welche neuen finanziellen Zumutungen an Deutschland gestellt worden sind. U. a. solle Deutschland auf den Uebersehuh von 400 Millionen Reichsmark verzichten, der sich aus der Uebernahme des Dawesplan und Youngplan ergibt. Deutschland solle gerade in den ersten Jahren des Youngplanes, deren Erleichterung für das Gelingen des Ganzen von entscheidender Bedeutung ist, eine Erhöhung der ungefähren Annuität vornehmen. Deutschland solle auf rund 300 Millionen Reichsmark aus liquidiertem deutschem Eigentum verzichten. Deutschland solle, laut deutsch-polnischem Vertragsentwurf auf außerordentlich hohe Eigentumsansprüche gegen Polen verzichten. Alle diese Verpflichtungen, die zusammen in die Milliarden gingen, sollten ohne irgend eine nennenswerte Gegenleistung erfolgen.

In Teil III beantwortet Dr. Schacht die Frage, ob eine Verpflichtung aus dem Youngplan für uns abgeleitet werden könne, solche Zahlungen und Verzichte vorzunehmen mit dem Hinweis auf Ziffer 141 des Youngplans, dessen einleitender Satz besage, daß jeder deutsche Konzeption eine Konzession von der anderen Seite gegenüber stehen müsse. Aus der Empfehlung der Säkularisierung der Konten zwischen der Reparationskommission und Deutschland ergebe sich, daß Deutschland alle bis dahin noch nicht auf Reparationskonto gut geschriebenen Eigentumsansprüche zuzugehen. Die deutschen Sachverständigen, die schon die Ziffern des Youngplans nicht für tragbar gehalten haben, waren erst recht nicht gewillt, Verzichte auf deutsche Ansprüche zuzugehen. Wenn die deutsche Regierung trotzdem jetzt auf solche Ansprüche verzichten sollte, so gebe sie damit über den klar erkennbaren Willen der deutschen Sachverständigen hinaus und übernehme eine Verantwortung, die ihre Sachverständigen ausdrücklich abgelehnt haben. Es sei auch nicht die leiseste Begründung im Youngplan enthalten, Verzichte und Zahlungen ohne gleichwertige Gegenleistungen zuzulassen.

Im Teil IV des Memorandums führt Dr. Schacht u. a. aus, daß eine weitere unerlässliche Voraussetzung für die deutschen Sachverständigen in Paris die Entschlossenheit der Reichsregierung war, im finanziellen Gefahren von Reich, Ländern und Gemeinden eine dauernde Ordnung zu schaffen und die Tragung der schweren Lasten des Youngplanes durch eine innerwirtschaftliche Erleichterung der deutschen Produktion zu ermöglichen. In dieser Hinsicht sei seit der Unterzeichnung des Youngplanes nicht das geringste geschehen. Das materielle Gleichgewicht des Haushalts sei nicht hergestellt worden. Es sei schon heute mit Sicherheit zu übersehen, daß die Einsparung aus dem Youngplan nicht nur nicht zu einer Lastenverminderung führen, sondern nicht einmal zur Deckung der jetzt bereits übersehbaren Fehlbeträge ausreichen werde. Ueber die Einsparung des Youngplanes sei längst verfügt und die deutsche Wirtschaft

stehe nicht vor einer Lastenentlastung, sondern vor einer Lastenerhöhung.

Im Teil V bezeichnet Dr. Schacht die Situation, in der er sich als deutscher Mitunterzeichner des Youngplanes befindet, folgendermaßen: Der Youngplan ist getragen von dem ganzen sittlichen Ernst und dem Verantwortungsgefühl seiner Verfasser, nicht nur gegenüber ihren eigenen Völkern, sondern gegenüber der ganzen zivilisierten Welt. Es muß verlangt werden, daß die Regierungen nicht durch Herabsetzung einseitiger Interessen dieses Friedenswert gefährden. Ich für meinen Teil muß es auf das Bestimmteste ablehnen, für die Inkraftsetzung des Youngplanes verantwortlich gemacht zu werden, wenn seine Absichten und Voraussetzungen in einer Weise mißachtet werden, wie es nach den derzeitigen Maßnahmen und Forderungen der Fall zu sein scheint.

Das deutsche Volk muß erwarten, daß die ausländischen Regierungen endgültig ihre Versuche aufgeben, über den Youngplan hinaus Sonderleistungen und Sonderverzichte aus der deutschen Wirtschaft herauszupressen. Sie müssen wissen, daß sie durch eine solche falsche Politik die Verantwortung dafür auf sich laden, wenn der Youngplan von vornherein mit schweren Störungen zu rechnen hat und die Mobilisierung der Annuitäten gefährdet ist.

Von der deutschen Regierung aber muß verlangt werden, daß sie keinerlei zusätzliche Leistungen bewilligt. Es muß ferner verlangt werden, daß sie, bevor der Youngplan von ihr endgültig angenommen wird, Ordnung in den Haushalt von Reich, Ländern und Gemeinden bringt und die Durchführung der Belastung des deutschen Volkes auf ein Maß vorzieht, das mit der Ertragsfähigkeit der deutschen Wirtschaft vereinbar ist.

Gerade diejenigen, die mit mir der Meinung sind, daß der Youngplan ein endgültiges Friedensinstrument ist, ein Plan, der die internationale Zusammenarbeit und das Gelingen der deutschen Wirtschaft voraussetzt und ohne diese beiden Voraussetzungen nicht durchführbar ist, müssen verlangen, daß alles getan wird, um diese Voraussetzungen zu erfüllen.

Ich habe mit allem Nachdruck die Agitation gegen den Youngplan bekämpft, ich halte das eingeleitete Volksbegehren, das dieser Agitation dient, für einen schweren Fehler, weil es eine innere und kraftvolle Verteidigung unserer Interessen unter dem Youngplan untergräbt. Aber gerade weil ich mich für die Annahme des Youngplanes einsetze, wünsche ich nicht, teilzuhaben an seiner Verfälschung. Es wäre eine Selbsttäuschung der Welt, zu glauben, wir könnten über die Youngzahlungen hinaus noch weitere beliebige Millionen oder Milliarden zahlen, oder auf Eigentumsrechte verzichten. Es wäre eine Selbsttäuschung des eigenen Volkes, zu glauben, daß es bei der heutigen oder womöglich noch gesteigerten Wirtschaftslastung die Youngzahlungen und womöglich noch zusätzliche Beiträge aufzubringen in der Lage ist.

Ich will und werde nicht dazu beitragen, daß eine solche Täuschung Platz greift.

gez. Dr. Hjalmar Schacht.

**Die Reichsregierung und das Schachtmemorandum**  
Berlin, 6. Dezember. Laut „Berliner Tageblatt“ hat sich der Reichsbankpräsident über die Anschauungen, die seinem Memorandum zu Grunde liegen, im Laufe der letzten Woche mehrfach mit dem Reichsminister, sowie den „Reparationsministern“ (Curtius, Hilferding, Moldenhauer und Wirth) unterhalten. Er hat noch im Laufe des gestrigen Tages eine Unterredung mit dem Reichsfinanzminister Dr. Hilferding gehabt. Ueber die Absicht einer bevorstehenden Veröffentlichung war in Regierungskreisen nichts bekannt. Das Kabinett hatte sich überhaupt noch nicht mit der Frage befaßt.

### Rußlands Politik

Amerika und Rußland

Newyork, 5. Dez. Staatssekretär Stimson wendet sich in einer scharfen Erklärung gegen die Zurückweisung des amerikanischen Vermittlungsversuchs im Rußland-China-Streit durch die Sowjetregierung. Das sowjetische Vorgehen stelle eine unfreundliche Handlung gegen die Regierung der Vereinigten Staaten dar. Zwischen den Unterzeichnern des Kellogg-Vertrages dürfe der Gedanke einer unfreundlichen Absicht nicht aufkommen, wenn ein Land das andere auf eine gefährliche Lage aufmerksam mache, die einem Krieg gleichkomme. — Die Haltung der Vereinigten Staaten zu Rußland muß also wohl als unverändert ablehnend angesehen werden.

### Die Antwort Chinas

Schanghai, 5. Dez. Auf die Vorstellungen Englands und der Vereinigten Staaten bezüglich der Verpflichtungen Chinas dem Kelloggpaß gegenüber hat die Nanjing-Regierung geantwortet. Sie erklärt, sie habe während des ganzen Streitsfalls mit Rußland eine friedfertige Haltung eingenommen. China habe zu militärischen Handlungen nur gezwungen, wenn es für die Selbstverteidigung des Landes notwendig gewesen sei. Am Schlusse ihrer Antwort betont die Nanjing-Regierung, China werde an dem von ihm im Juli gegebenen Versprechen festhalten.

### Litwinow über die russisch-deutschen Beziehungen

Moskau, 5. Dez. In einem Bericht im Zentralkomitee führte Litwinow über die Beziehungen zu Deutschland im einzelnen aus: Wir unterhalten mit Deutschland nach wie vor freundschaftliche Beziehungen. Im letzten Jahre hatten wir erneute Beweise, daß es in Deutschland Personen, Gruppen, Organisationen und selbst Parteien gibt, die eine radikale Aenderung der gesamten Politik Deutschlands im Sinne sowjetfeindlicher Nachbarschaften im Austausch gegen illusorische politische Vorteile anstreben. Doch ist daraus keineswegs auf eine Aenderung der Grundlinie der sowjetrussisch-deutschen Beziehungen zu schließen. Die objektiven Grundbedingungen, die Feinerzeit der Vertrag von Rapallo und unsere langjährige Freundschaft diktiert, bestehn im allgemeinen auch jetzt noch weiter und müssen die gegenseitigen Beziehungen noch lange Zeit bestimmen. Es sind auch noch andere grundlegende Voraussetzungen vorhanden, die Deutschland die Möglichkeit geben, in unseren Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen den ersten Platz zu belegen. Von Deutschland selbst wird kein Anteil an der Deckung der wirtschaftlichen Bedürfnisse der Sowjetunion abhängen.

### Der Oberbürgermeister als Zeuge

Vor dem Starek-Kassach

Im Starek-Untersuchungsausschuß im preussischen Landtag wurde Oberbürgermeister Böß verhört. Er äußerte sich zunächst über die K.A.G. Er habe weder durch Schallnach, noch durch Gabel Kenntnis von der Verlängerung der Verträge mit dem Starek erhalten. Auch von den Krediten der Firma Starek habe er keine Kenntnis gehabt. Nur 1925 habe ihm der Handelsminister Dr. Schreiber mitgeteilt, daß die Stadtbank hohe Kredite gegeben habe, die nicht gesichert seien. Der Stadtkommerzer er, Böß, hätten sich darauf nachweisungen der Stadtbank vorlegen lassen und dem Stadtbankdirektor Schmidt erklärt, sein Grundbau, die Sicherheit einer Firma nach der Höhe ihres Umsatzes zu beurteilen, sei nicht richtig. Er habe in einer Kiennotiz ausdrücklich betont, daß er also hohe Kredite überbaut nicht für angebracht halte.

Auf Fragen von Ministerialdirektor Dr. von Leuden vom preussischen Innenministerium erklärt Böß, die Unkenntnis über die Zuständigkeit sei häufig im Berliner Magistrat erdirt worden, besonders weil der Magistrat nach Schließung des neuen Groß-Berlins immer mehr Angelegenheiten vorgetragen erhielt. Nach menschlichem Ermessen sei alles geschehen, um ein einwandfreies Funktionieren der Verwaltung zu gewährleisten. Auf einen Zwischenruf des kommunikativen Abgeordneten Obuch „Trotzdem dieses Ergebnis“ antwortet Oberbürgermeister Böß, „weil wir alle Menschen sind.“

Oberbürgermeister Böß führte am Donnerstag u. a. aus: Die Bauunternehmensstelle des Magistrats sei etwa das, was für den Staat die Oberrechnungskammer darstellt. Die Ueberwachungsstelle wurde später abgebaut, weil man sie nicht mehr für nötig hielt. Unter den 22 kommunalen Betrieben Berlins gibt es nur 20 eigentliche Wirtschaftsgesellschaften, jedoch die städtische Verwaltung sie durchaus bewältigen könne. Abg. Obuch (K.): Aus Ihrer Aussage gewinnt ich den Eindruck, daß sie alles den Magistratsmitgliedern überließen, und sich persönlich von allem freihielten. Böß: Dem muß ich entschieden widersprechen, aber man muß sich doch auf die Magistratsmitglieder verlassen können. Abg. Obuch richtet dann Fragen bezüglich der Felsenarbeiten an den Zeugen. Böß befandete etwa folgendes: Er ist es gewesen, der seine Frau im Sommer 1928 an die Stareks als Belegkassant verwiesen hat. Er erklärte selbst, daß er sich in früheren Jahren verschiedentlich bei den Stareks Ansätze hat machen lassen und daß sie ihm schon vor längerer Zeit für seinen eigenen Bedarf eine Pelzlieferung anboten, die er nur deshalb ablehnte, weil er keinen Bedarf hatte. Frau Böß ist dann auf Anraten ihres Mannes an die Stareks herangetreten, und das in Bad Godesheim eintreffende Pelzpaket enthielt keine Rechnung. Es wurde aber dafür als Wertpaket mit der Angabe eines hohen Wertes geschickt. Erst auf verschiedene Mahnungen hin traf dann eine Rechnung über 375 Mark ein. Herr Böß sieht heute offen zu, daß ihm die Sache nicht in Ordnung zu sein schien. Er habe aber lediglich geglaubt, die Stareks hätten damit proben wollen, daß sie zu derartigen billigen Lieferungen in der Lage seien. Böß bestätigte, daß er für 1000 Mark bei einem notleidenden Künstler ein Bild gekauft habe und daß er damit dem Gemälde für beschmickte dielt.



Auf weitere Fragen erklärt Böh, Stadtrat Gübel hatte zu Unrecht dem Magistrat die Vertragsverlängerungen mit den Klarets verschwiegen. Für die falsche Berichterstattung in der Magistratsvorlesung über die deutschnationalen Strafanzeige sei auch Gübel verantwortlich. Deute glaube ich, daß die ganzen Vorkommisse nur möglich waren durch die Wirksamkeit unenergieischer Beamter. Auf einen Mangel in der Organisation seien die Vorfälle nicht zurückzuführen.

### Neues vom Tage

Der neue Vorstand der Reichstagsfraktion des Zentrums

Berlin, 5. Dez. Die Reichstagsfraktion des Zentrums wählte ihren Vorstand. Zum ersten Vorsitzenden der Fraktion wurde der Abgeordnete Dr. Brüning einstimmig gewählt, zu stellvertretenden Vorsitzenden mit gleichen Rechten die Abgeordneten Esser und Dr. Perlitius. Als Beisitzer wurden wiedergewählt die Abgeordneten Dr. Bell, Giesberts, Joos, Klöfner, Miska, Weber. Der Abgeordnete Erling wurde als Beisitzer zugewählt. Ehrenvorsitzende sind nach wie vor die Abgeordneten Herold, Professor Raas und Dr. Marx. Zu den Vorstandssitzungen wird außer den drei Reichsministern Dr. Stegerwald, von Guertel und Dr. Wirth der Abgeordnete Gezig geladen.

Reichslandbund und Freiheitsgesetz

Berlin, 5. Dez. Das Präsidium des Reichslandbundes veröffentlichte eine Erklärung, in der u. a. ausgeführt wird: In einer außerordentlichen Vorstandssitzung vom 25. September habe der Bundesvorstand sich einmütig hinter die vom Präsidenten des Reichslandbundes, Reichsminister a. D. Schiele, im Reichsausschuß zum Ausdruck gebrachte Auffassung gestellt. Der Reichslandbund werde seine ganze Organisation bei dem Volkseinstimm am 22. Dezember zum härtesten Einsatz bringen.

Kardinale Pacelli wird Kardinal

Rom, 5. Dez. „Osservatore Romano“ teilt mit: Monsignore Pacelli, der vor kurzem auf einige Tage in Rom eingetroffen war, hat bei seiner Rückkehr nach Berlin sein Abberufungsschreiben mitgenommen. Er wird im nächsten Konfistorium mit dem Kardinalshut besetzt werden.

Wittrauensvotum im polnischen Sejm

Warschau, 5. Dez. Die Sitzung des Sejms wurde für eine Stunde unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Beratungen sprach als erster Oppositionsredner der Vertreter der polnischen Sozialisten, Niedzialkowski, der in ruhigen Worten die Tätigkeit der Regierung, vom Mai 1926 angefangen, einer Kritik unterzog und die Einbringung eines Wittrauensvotums gegen die jetzige Regierung ankündigte. Nach ihm sprach der Vorsitzende der Bauerngruppe, Wyzwolenie Rog, der gleichfalls die Tätigkeit der Regierung kritisierte. Nach diesen beiden Reden wurde gegen 4.45 Uhr das Wittrauensvotum gegen die Regierung eingebracht, das von sechs Parteien unterzeichnet ist.

Sturm über England

London, 5. Dez. Infolge des an der englischen Küste herrschenden Sturmes ist der Eisenbahn- und Schiffsverkehr nach Frankreich, der über Remhaven-Dieppe geht, eingestellt worden. Der Verkehr zwischen Boulogne und Folkestone wird über Dover geleitet. An der irischen Ostküste ist bei Sterries nördlich von Dublin, in der vorigen Nacht ein Fischerboot mit drei Mann Besatzung im Sturm untergegangen.

Austritt Froweins aus der D.N.S.P.

Köln, 5. Dez. Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ ist der stellvertretende Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Abraham Frowein-Eberfeld, aus der deutschnationalen Volkspartei ausgetreten.

## Ich oder — Ich?

Roman von Hermann Hagedorn (43. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

28. Kapitel.

Ein falscher Haßbegeh.

Westmann hatte sich ohne Kampf oder Gegenwehr von Kassa die fählernen Fesseln anlegen lassen. Inge zuckte unter dem Klang dieser Fesseln zusammen.

„Wider?“, dachte sie. „Aber mit diesem Wort verband sich für sie keine Vorstellung. Es erschreckte sie weder, noch empfand sie Grauen vor dem Wort.“

Sie war von den Ereignissen der Nacht stumpf geworden. Es gab keine Ungeheuerlichkeit mehr, die sie erschrecken konnte.

Und doch war das Weib in ihr so mächtig noch, daß ihre erste Frage an den Mann in Fesseln war: „Warum wolltest du mit Hildegard Fritjoff fliehen? Warum hast du deinen Eid gebrochen?“

„Vielleicht rang sich diese Frage nur ihrem Unterbewußtsein ab? Vielleicht wurde ihr kaum klar, daß sie diese Frage stellte?“

Westmanns blaßes Gesicht hob sich zu Inge auf: „Ich kenne keine Hildegard Fritjoff! Wer ist das?“

„Über Inges Gesicht lief ein gequälter Ausdruck. „Warum mußt du jetzt noch lügen, Benno?“

Sie wandte sich ab und sie fühlte, daß die Welt von nichts als einer unendlichen Traurigkeit erfüllt war. Eine Traurigkeit, in der sie ertrank wie in der Tiefe eines Sees. „Benno“, rief Inspektor Kassa höhnlich.

Er wandte sich an Inge: „Gnädiges Fräulein, dieser Mann ist nicht Benno Kram! Dieser Mann hat die letzten zehn Jahre im Zuchthaus gesessen. Er heißt Paul Westmann und ist ein ...“

„Mörder!“, vollendete Paul Westmann ruhig und der schwache Abglanz eines spöttischen Lächelns tauchte wieder um seine Lippen auf.

Der Versicherungsobertreter Tenner vertritt die Morbidat ein Leipzig, 5. Dez. In der Morbidat teilt die Leipziger Kriminalpolizei folgendes mit: Tenner ist in vollem Umfange geblieben. Den Mord am 27. November verübt zu haben, ebenso den Mordbruch am 21. November an einem Handwerkerbuben. Er befehligte seine Frau der Anstiftung. Tenner wurde in das Gefängnis Straßburg eingeliefert, von wo seine Ueberführung nach Kosenoburg anberaumt wurde.

### Deutscher Reichstag

Berlin, 5. Dezember.

Bei Eröffnung der Donnerstagsitzung des Reichstags teilte Präsident Lohde mit daß ihm ein Mitglied den Austritt aus der deutschnationalen Fraktion mitgeteilt und um andere Plätzeverteilung gebeten habe.

Ohne Aussprache wird zunächst in zweiter und dritter Beratung die Novelle zum Genossenschaftsgesetz angenommen, durch die der Zusammenschluß von Genossenschaften und Revisionsoverbänden erleichtert werden soll.

Der Geschäftsordnungsausschuß berichtet dann über Anträge auf Strafverfolgung verschiedener Abgeordneter. Der Ausschuß lehnt in den meisten Fällen die Anträge ab, beantragt aber die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abgeordneten Dr. Göbbels (Nat.Soz.), Ströher (Nat.Soz.) und Koenen (Kom.) wegen Beleidigung durch die Presse und der Abgeordneten Wenzel (Kom.) und Dengel (Kom.) wegen anderer Delikte zu erteilen. Der Ausschußantrag wird angenommen. Es folgt der Bericht des Wohnungsausschusses über die Reichsrichtlinien für das Wohnungswesen. Der Ausschuß hat den Regierungsentwurf in manchen Punkten geändert und ergänzt. Als weitere Aufgabe der Wohnungs- und Siedlungspolitik ist vom Ausschuß eingeleitet worden: Durchgreifende Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege zur Sicherung einer pfleglichen Behandlung der Wohnräume. — Ueber die Höhe der Mieten wird u. a. gesagt, daß für minderbemittelte kinderreiche Familien die Miete 15 Prozent des Einkommens nicht übersteigen soll. Es soll nach den Richtlinien angestrebt werden, den vollen Aufkommen aus der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau zu verwenden. Das Reichsmietengesetz, das Mieterschutzesetz und das Wohnungsmangelgesetz sollen aufrecht erhalten, eine Angleichung der Neubauten an die Altbauten soll durch Senkung der Neubautkosten angestrebt werden.

Abg. Bahl (Dem.) bedauert das geringe Interesse des Reichstags an der Arbeit des Wohnungsausschusses. (Der Saal ist sehr schwach beleuchtet.) Der Ausschuß hat festgestellt, daß sehr viel und sehr gut gebaut wird. Zu bedauern ist das Gutachten des Reichsbankpräsidenten wegen Auslandsanleihen für den Wohnungsbau.

Abg. Bielefeld (Z.): Die Reichsrichtlinien sind reichlich spät gekommen. Sie dürfen auch nicht als harte Vorschriften für den Wohnungsbau betrachtet werden. Das private deutsche Baugewerbe hat auch nach dem Kriege seine Leistungsfähigkeit gezeigt. Die Hauszinssteuererträge sollten nicht für allgemeine Verwaltungsaufgaben, sondern nur für den Wohnungsbau verwendet werden. Wir werden hinwirken auf einen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft.

Abg. Ströher (Kom.) erklärt, die Wohnungswirtschaft sei untrennbar verbunden mit dem geltenden kapitalistischen System. Mit den Richtlinien der Regierung und den Ausschlußbeschlüssen sei das Wohnungswesen wirksam nicht zu lindern.

Abg. Winnefeld (D.Va.) warnt vor Uebertreibung bei der Darstellung der Wohnungsnot. Vieles sei allerdings noch nachzubolen. Den notwendigen Mieterschutz wollen wir aufrecht erhalten, aber alles, was darüber hinausgeht an Zwangswirtschaft muß verschwinden.

Abg. Pade (W.P.) führt aus, das System der Wohnungszwangswirtschaft habe vollkommen verfaßt. Die Richtlinien bedeuten nur eine Bereinigung dieser Zwangswirtschaft.

Nach 3 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag, den 12. Dezember 3 Uhr vertagt. Außerdem stehen auf der Tagesordnung die Anträge auf früheren Lebensschluß am 21. Dezember

Verstärkte Reichstagsgeschäftsordnung Sozialistischer Ausschluß von 30 Sitzungstagen

Berlin, 5. Dez. Im Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags wurde mit den Stimmen der Koalitionsparteien und der Wirtschaftspartei bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen die vom Präsidenten angekündigte Verstärkung der Geschäftsordnung angenommen. Danach kann ein Mitglied wegen arößlicher Verletzung der Ordnung bis zu 30 Sitzungstagen ausgeschlossen werden, wobei es für diese Zeit die Freikarte und die Platten verliert. Für sich das Mitglied dem Ausschluß nicht, so zieht es sich ohne weiteres den Ausschluß von 30 Sitzungstagen zu. Auch an Ausschlußsitzungen darf ein solches Mitglied nicht teilnehmen. Im Plenum sollen diese Anträge am Dienstag beraten werden.

Die deutschnationalen Reichstagsfraktion

hielt am Donnerstag vormittag eine kurze Sitzung ab, in der sie sich mit Fragen der Tagesordnung des Plenums beschäftigte. Die Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden wird erst in der nächsten Woche erfolgen.

### Aus Stadt und Land

Altentsteig, den 6. Dezember 1929.

Staatsbürgerliche Bildungstagung. Morgen abend 8 Uhr findet unter dem Vorsitz des Herrn Stadtschultheißen im „Traubenjaal“ in Ragold die von der Reichszentrale für Heimatdienst gemeinsam mit dem Stadtschultheißenamt veranstaltete staatsbürgerliche Bildungstagung statt. Die entscheidend wichtige Frage: „Dawestplan oder Youngplan?“ wird rein sachlich, fern von jeder parteipolitischen Stellungnahme oder Beeinflussung grundlegend erörtert in zwei Vorträgen ausgezeichneter Sachkenner: Herr Studiendirektor H. Schieser, Stuttgart, spricht über „Deutschlands Außenpolitik nach dem Kriege“ und Syndikus Dr. Kneher, Stuttgart, über „Die Neuregelung der Reparationen“. Die große Schätzung dieser Veranstaltung kommt auch darin zum Ausdruck, daß sich die Organisationen aller Richtungen verbündend für den Besuch der Vorträge durch ihre Mitglieder einsetzen. Der Eintritt ist frei!

Simmersfeld, 5. Dezember. (Besitzwechsel.) Das vor einigen Jahren von Konrad Grohmann, Privatmann, neu erbaute Wohnhaus ging in den Besitz des Fiskus, vertreten durch das Staatsrentamt Hirsau, um 11.000 Mark über. Der Staat wird das Haus vollends fertig stellen und soll daselbe fernerhin als Wohnhaus für den jeweiligen Landjäger dienen. Uebergabe erfolgt am 1. Mai 1930.

Waldberg, 5. Dezember. (Pfarrer-Abschied.) Gestern verließ Stadtpfarrer Wölter mit Familie unsere Stadt, um seine Stelle als erster Pfarrer in Juffenhäusern anzutreten. Am Dienstag abend versammelte sich die Gemeinde im „Schwarzwalddaal“, um von ihrem Seelsorger, der seit 1915 in hiesiger Stadt tätig war, Abschied zu nehmen. Bei der Feier, die umrahmt war von Vorträgen des Niedertranzes und der Musikkapelle, kam allseits die Verehrung des Scheidenden zum Ausdruck.

Neubulach, 5. Dezember. (Stadtschultheiß Müller in den Ruhestand getreten.) Am 1. Dezember hat Stadtschultheiß Müller seine Aemter niedergelegt, um nach Erreichung der Altersgrenze in den wohlverdienten Ruhestand einzutreten. Stadtschultheiß Müller ist 41 Jahre lang in Neubulach ansässig, 28 Jahre lang hat er als Stadtschultheiß die Geschicke des durch seinen früheren Bergbau und durch den Aufenthalt des Reformators Brenz wohlbekannten Bergstädtchens geleitet. Mit großer Umsicht und einem weiten Blick hat er das Gemeinwesen emporgebracht und das Städtchen in die Reihen der Kurorte eingeführt. Schon das Aeußere des Städtchens hat bedeutend gewonnen, Industrie hat sich angesiedelt, Einrichtungen zur Aufnahme von Kurgästen haben sich aufgetan wie überhaupt eine sichere Führung in den getroffenen Verbesserungen zu ver-

Kassa wunderte sich sehr über das Benehmen Inges. Sie stieß weder einen entsetzten Schrei aus, noch wandte sie sich verächtlich von dem Gefangenen ab.

Es kam ein eigentümlicher Glanz in Inges Augen. Sie hörte kaum noch, daß Kassa von der ungeheuren Ähnlichkeit Westmanns mit Kram sprach.

Sie fragte ganz kurz und schnell: „Sie waren es also, der die Wechsel meines Vaters zerriss?“

„Ja!“, sagte Westmann und seine starren Lippen fielen auseinander wie im Krampf. Seine Augen hielt er gefenkt. Inge aber fuhr fort:

„Sie schenkten den Arbeitern eine Million?“ Westmann nickte mit dem gelenkten Kopf.

„Sie kämpften für mich in der Fabrik?“ „Ja!“ Es kam nur ein Murmeln.

„Sie retteten die Kinder aus der brennenden Scheune unter Lebensgefahr?“ Westmann schüttelte ein schmerzhaftes „Ja!“

„... und Sie kämpften auch in jener furchtbaren Nacht für mich und retteten mich vor den Teufeln, die mehr als mein Leben von mir wollten ...?“

Inges Stimme war immer triumphierender geworden. Ihre Augen leuchteten plötzlich. Rote flog in ihr Gesicht. Ihr Atem ging heiß und schnell. Und zuletzt stieß sie hervor:

„... und Sie haben sich nie mit Hildegard Fritjoff verabredet, zu fliehen?“

„Rein!“ Westmanns Stimme klang bei dieser letzten Antwort auf wie eine silberne Glocke. „Rein, ich habe Sie ja geliebt ...!“

Kassa lachte höhnlich auf. „Was soll diese ganze Komödie!? Wenn Sie wüßten, was dieser Mann ...!“

Inge wehrte mit der Hand ab. Die Welt war nicht mehr voll Traurigkeit. Inge war nicht mehr schwach. Sie war stark. Sie liebte ...

„Nehmen Sie dem Mann die Fesseln ab, Inspektor!“ sagte Inge und trat hart an Kassa heran.

Kassa griff sich mit der Hand an die Stirn. Er lachte verlegen und blöde ...

„Betrübt! Betrübt!“ stieß er hervor.

„Sie werden sich unsterblich blamieren, Inspektor ...!“ „Ich sage Ihnen, dieser Mann ist kein ... Mörder ... Kann kein Mörder sein ...!“ Er mag im Zuchthaus gelesen haben ...! Gut! Ich weiß nicht, was er damals getan hat ...! Ich werde es eines Tages wissen, und es wird mich nicht erschrecken! Aber lassen Sie den Mann frei ...! Er hat nicht gemordet ...!“

Inge stand hoch aufgerichtet. Ihre Stimme hatte etwas Befehlendes, und sie klang hell und rein wie eine Glocke. Was Paul Westmann auch in seinem Leben getan haben mochte. In diesen Minuten hüfte er alles ab. Inges Worte zu ihm ... ihre Worte waren Feilschenhiebe, die ihn aufhöhlen ließen ... hätte er in diesem Augenblick Tornheim lebendig machen können, er wäre gern dafür tausendmal den schmerzhaftesten Tod gestorben ...

Er wagte nicht, aufzublicken. Kälteschauer überliefen ihn. Er zitterte am ganzen Leibe, so wie er nie vor dem Tode gezittert hätte.

Kassa höhnte ...

„Vielleicht fragen Sie ihn selbst, ob er Tornheim nicht ermordet hat? Ist er nicht das Bild des bösen Gewissens?“

Westmann fühlte eine weiche Hand auf seiner Schulter. Ein weicher Atem strich über sein Gesicht, und Westmann fühlte, daß sein Herz aus tauenden Herzen bestand, die alle schmerzhaft aufzuckten ... Das Schlimmste aber war die vertrauensvolle Stimme Inges:

„Du ... Du ... sag doch! Du kannst nicht gemordet haben ...! Es ist Lüge, nicht wahr?“

Westmann zitterte wie Espenlaub. Und noch einmal kam:

„Du ... sprich!“ Jetzt aber fast schon ein Schrei, durch den unsäglich Verzweiflung und Trauer zitterten.

Westmann ballte die Fäuste. Sein Gesicht wurde hart und unbeweglich wie Stein. Er tödete sein Ich, als er jetzt seine starren Augen auf Inge richtete:

„Ich habe nie gelogen ...!“

„Und?“ Inges Stimme rang mit Westmann um ein „Rein“.

Aber Westmann konnte nicht lügen. „Ja, ich habe Tornheim getötet!“ Westmann stand wie versteinert. Nichts bewegte sich mehr an ihm. Nur in den Augen brannten alle Qualen der Hölle.

(Fortsetzung folgt.)



ipüren ist. Stadtschultheiß Müller hat aus dem Städtchen gemacht, was überhaupt daraus unter den gegebenen Verhältnissen gemacht werden konnte. Seinem Nachfolger hinterläßt er eine in jeder Weise wohl geordnete Verwaltung. Die Tätigkeit Müllers war aber durch seine Wirksamkeit als Stadtvorstand nicht erschöpft. Er ist wohl einer der best gekannten Männer auf den Waldorten. Viele Jahre lang war er Verwaltungsaktuar in einer großen Zahl von Gemeinden und lernte dadurch die Verhältnisse der Gemeinden genau kennen. Immer aber wird sein Name mit der Schwarzwaldwasserwerkungsgruppe und mit dem Gemeindeverband Elektrizitätswerk Leinach verbunden sein. Bei beiden Werken war er bei der Gründung beteiligt und hat von ihrem Entstehen an seine Kraft in den Dienst dieser Einrichtungen gestellt. Unzählbare Dienste hat er diesen Werken geleistet und sein Name wird mit diesen Schöpfungen untrennlich sein. Auch für gute Verkehrsverhältnisse des Städtchens mit der Station Leinach hat sich Stadtschultheiß Müller sehr verdient gemacht in Würdigung des Umstandes, daß gute Verkehrsverbindungen für eine Gemeinde unerlässlich seien. Dem Landtag hat Stadtschultheiß Müller ebenfalls eine zeitlang angehört. In voller geistiger und körperlicher Frische ist Stadtschultheiß Müller nun in den Ruhestand getreten. Möge dem rastlos tätigen Manne ein recht schöner und langer Lebensabend mit guter Gesundheit beschieden sein!

**Dornhan, 4. Dezember.** Bei der Treibjagd in voriger Woche auf Markung Gundelshausen kamen 35 Hagen und 1 Reh zur Strecke; bei der Jagd im Brandeder Wald wurden 5 Hagen erbeutet.

**Kommelsbach, O.A. Tübingen, 4. Dez.** (Und willst du nicht mein Kunde sein, so hau ich dir die Zähne ein.) Abends sah ein Gemeinderat in der „Krone“ in Gesellschaft weiterer Männer. Ein neuer Gast kommt, reißt, wie der „Neutlinger Generalanzeiger“ berichtet, einen Streit vom Zaun und schlägt dem anwesenden Gemeinderat zwei Zähne ein. Und warum? Der Gesamtgemeinderat hatte kurz zuvor die Lieferung eines Ofens vergeben, dabei aber unseren freitbaren Meister nicht berücksichtigt. Das mag erbittern; aber der angegriffene Gemeinderat war in jener Sitzung gar nicht zugegen! Das dürfte ein teurer Wutausbruch werden!

**Schwenningen, 3. Dezember.** Heute morgen um 1/10 Uhr verunglückte in der Körnerstraße bei Bauarbeiten ein lediger, 23jähriger Mann aus Billingen dadurch, daß ein Rollwagen entgleiste und den Fuß des Mannes am Knöchel quetschte. Der Verunglückte wurde nach Billingen gebracht.

**Spaichingen, 4. Dez.** Schmiedemeister Anton Merkt, der im 91. Lebensjahre steht und die Feldzüge von 1866 und 1870/71 mitgemacht hat, ist dieser Tage gestorben. Seine Frau, 84 Jahre alt, überlebt ihn.

**Stuttgart, 5. Dez.** (Die Zukunft des Amtsoberamts.) Verschiedene Ausführungen in der Presse, die an Ausführungen des Staatspräsidenten Dr. Holz anknüpfen, daß das Amtsoberamt in seiner jetzigen Zusammenfassung nicht haltbar sei, führten zu einer Besprechung von Vertretern des Amtsoberamtsbezirks im Innenministerium. An der Besprechung nahm auch Landtagspräsident Pflüger als Bezirksabgeordneter teil. Staatspräsident Holz teilte hierbei mit, daß die Regierung noch keine bestimmten Pläne über die zukünftige Gestaltung des Amtsoberamts habe. Die Schwierigkeiten einer Aenderung der Bezirkseinteilung seien gerade in der Umgebung von Stuttgart besonders groß. Die Bezirksvertreter sprachen sich mit allem Nachdruck gegen eine Auseinanderreißung der Filbergemeinden aus. Von Seiten des Staatspräsidenten wurden die hierfür vorgebrachten Gründe gewürdigt. Es wurde von ihm erklärt, daß an eine Auseinanderreißung der Filbergemeinden unter den heutigen Verhältnissen nicht gedacht werde.

**Vorbereitungen.** Die Vorstände der 19 Turnvereine in Groß-Stuttgart haben in einer Versammlung beschlossen, eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden, die unter dem Namen „Turnerschaft Groß-Stuttgart“ in Erscheinung tritt. Vorsitzender ist Dr. Obermeyer, der zweite Kreisvorsitzende.

**Tübingen, 5. Dez.** (Neue Straßennamen.) In der letzten Sitzung des Gemeinderats wurde beschlossen, drei neue Straßen im Ammertal zu benennen nach Männern, die sich um den Luftverkehr verdient gemacht haben. So gibt es in Tübingen in Zukunft eine Dürrstraße, eine Eckenerstraße und eine Max-Guth-straße.

**Tuttlingen, 5. Nov.** (Kosten des Schlachthofneubaus.) Die Endabrechnung für den Schlachthofneubau ergab erhebliche Voranschlagsüberschreitungen, statt 750 000 Mk. 1 085 000 Mk., wozu die Kosten des Bauplatzes mit 29 000 Mk. und die Nebenkosten mit 156 000 Mk. kommen.

**Mehrfstetten O.A. Münsingen, 5. Dez.** (Erfolgreiche Bierzeit.) Die Mehrfstetter Bauern hatten von fünf Brauereien, die Bier nach Mehrfstetten liefern, verlangt, daß sie ihnen je 200 Zentner Gerste abnehmen. Um ihre Forderung durchzudrücken, traten sie in einen Bierstreik ein. Diese Selbsthilfe hat sich glänzend bewährt. Der Streik konnte, kaum begonnen, wieder abgebrochen werden. Die Brauereien erklärten sich zur Abnahme der Gerste bereit und sie ist bis auf das letzte Pfund abgeliefert.

**Friedrichshafen, 5. Dez.** (Besuch Kobiler.) General Kobile traf, von Paris kommend, in Friedrichshafen ein und nahm Wohnung im Kurgartenhotel. Er machte einen Besuch im Luftschiffbau Zeppelin und bei Dr. Edener.

**Neu-Ulm, 4. Dezember.** (Ein Schwabenstreich.) Ein Schwabenstreich ersten Ranges wurde hier geliefert. Diesen Sommer war von Bübenhand die Grenztafel an der alten Donaubrücke mit roter Farbe überschrieben worden. Seit Montag abend steht sie erneuert und frisch gestrichen auf ihrem alten Platz. Die Ausschrist ist jedoch die gleiche geblieben, wie vorher, und lautet, obwohl Bayern seit elf Jahren ein Freistaat ist, unentwegt „Königreich Bayern“. Das Hoheitszeichen, das die Tafel trägt, ist aufs neue das ehemalige königlich bayerische Staatswappen.

**Aus Baden**

**Forsbach, 3. Dezember.** Gegenwärtig zählt unsere Gemeinde 285 Nutzungsberechtigte. Der Bürgernutzen besteht in 8 Ester Gabholz. Die Gemarkung Forsbach umfaßt 8328 Hektar, wovon allein 7823 Hektar Waldungen sind. Man zählt hier 378 landwirtschaftliche Betriebe, meist Kleinbetriebe, denn 365 haben eine Fläche von unter 2 Hektar; nur 13 landwirtschaftliche Betriebe haben eine etwas größere Fläche bis höchstens 10 Hektar.

**Gernsbach, 4. Dezember.** Eine namhafte Belohnung ist seitens der Angehörigen für die Auffindung der Leiche des Konjuls Hans Koth ausgekehrt worden.

**Gegen gesetzliche Zwangsmaßnahmen**

**Obermeistertag des Württ. Bäckereiverbands**

**Stuttgart, 5. Dez.** Der Obermeistertag des Württ. Bäckereiverbands beschäftigte sich zunächst über den beschleunigten Roggenbeimischungszwang, über den der stellvertretende Vorsitzende Schwarz berichtete. Gegenüber solchen gesetzlichen Zwangsmaßnahmen werde das Bäckereihandwerk sich auch in Zukunft energisch zur Wehr setzen. Weiter berichtete der Vorsitzende über die Ausstellung für Ernährung und Körperpflege, vor allem über das dort zum erstenmal der Öffentlichkeit gezeigte schwäbische Kornbrot. Dies sei kein Vollkornbrot, für das 90prozentige Ausmahlung vorgeschrieben sei. Zur Verwendung komme vielmehr ein Mehl der Cannhütter Stadtmühle, die bekanntlich Eigentum der Stuttgarter Genossenschaft sei, mit einer Ausmahlung von 88 Prozent, bei dem kein Weizenmehl vorweg gegeben, sondern nur die Kleieteile entfernt seien. Das schwäbische Kornbrot habe sich in Stuttgart, wie auch im Lande schon gut angeführt. Das Mehl werde nur aus einheimischem Getreide hergestellt. Weiter wandte sich der Obermeistertag gegen übertriebene polizeiliche Vorschriften, die letzten Endes auf die Einrichtung eigener Kühlräume in den Bäckereien hinausläufen, und behandelte die Stellungnahme zum Arbeitschutzgesetzwerk. Der Verband werde weiterhin alles tun, um den 4-Uhr-Beginn in den Bäckereien zu erreichen.

**Kleine Nachrichten aus aller Welt**

**70 französische Kriegstanks für Polen.** Polens großer Kriegsmitteltransport, der mit dem polnischen Transportdampfer „Wilja“ vom französischen Kriegshafen Cherbourg aus auf der Westküste in Danzig eintraf, ist entzündet worden, und zwar brachte er für die polnische Heeresverwaltung 70 französische Kriegstanks.

**Schwere Brandkatastrophe bei Mühlhausen (Thüringen.)** Das schon im vorigen Jahre von schweren Bränden heimgegriffene Dorf Ammeru bei Mühlhausen wurde nachts von einer schweren Brandkatastrophe betroffen, bei der 12 Gebäude bis auf die Mauern niederbrannten. Es sind große Futternorrate und viel Kleinvieh dem Brande zum Opfer gefallen. Es wird Brandstiftung vermutet.

**Zwei schwere Pelzwaren-Einbrüche in Leipzig.** Einbrecher haben in der Nacht zum Mittwoch zwei Pelzwarenfirmen, eine in der Reichstraße, die andere im Brühl, heimgegriffen. In dem einen Falle erbeuteten sie Pelzwaren im Werte von 10 500 Mk., im zweiten richteten sie nur Sachschaden an.

**Der Dauerläufer!** (Man muß sich zu helfen wissen.) Keulich wurde ein Mann im Grünwald bei Berlin von Regellagerern bis auf die Unterhosen ausgezogen. Wie sollte er, ohne dem Gespött der Leute ausgesetzt zu werden, nach Hause kommen? Da kam ihm ein guter Gedanke: Er zog das Hemd auch noch aus, kramelte die Unausprechlichen bis zu den Knien hoch und rannte in langen Schritten nach Hause, von allen Daherkommenden als eifrig trainierender Dauerläufer bewundert und von niemanden angehalten.

**Aus dem Gerichtssaal**

**Erbach-Prozess**

**Ulm, 5. Dez.** Am 5. Verhandlungstag in Erbach kam Punkt 6 der Anklage gegen Dehner zur Verhandlung. Es handelt sich dabei um die falsche Ausfertigung zweier angeblicher Gemeinderatsbeschlüsse vom Oktober 1926 und Januar 1927 mit einem Vergeben des Beitrags zum Nachteil der eisenöfischen Bank in Zürich. Die Erba brauchte Geld für die Kasa und Bischnau wurde auf die Geldsache geschickt. Die Sache eilte. Dehner hielt keine Gemeinderatsitzung ab und fertigte einen Gemeinderatsprotokollauszug, bevor die Sitzung stattgefunden hatte. Außerdem gab Dehner einen Vermögensauszug der Gemeinde Erbach mit 1 040 000 Mark unter Verschweigen der Schulden an die eisenöfische Bank weiter. Der gleiche Fall wiederholte sich dann später. Insofern handelte es sich um 350 000 Mark. Bischnau schickte seine Verhandlungen mit der Bank. Dehner habe die Beschlüsse unterschrieben. Er, Bischnau, habe an der Wichtigkeit des Protokollauszugs und des Vermögensausweises nicht zweifelt. Dann kam Anklage 6 zur Verhandlung betreffend falsche Anfertigung eines Auszugs über einen angeblichen Gemeinderatsbeschluss vom 15. Juli 1927 betr. die Aufnahme eines Darlehens von 250 000 Mark durch die Erbacher Bank bei der Badischen Versicherungsbank G.m.b.H. Freiburg zusammenziehend mit einem Vergeben des Beitrags zum Nachteil dieser Bank. Auch in diesem Fall wurde wieder eine falsche Vermögensausfertigung übergeben. Die Bank zahlte als Darlehen 130 000 Mark auf Wechselbasis aus. Als die Fälligkeiten entdeckt wurden, reißt Dehner und Fandl mit Rechtsanwalt Dr. Weber nach Freiburg und Dehner schand damals gegenüber dem Bankdirektor seine Verleumdung. Es wurden dann nach der Vorstand der Freiburger Bank und Dr. Weber über die damaligen Verhandlungen gehört.

**Rundfunk**

**Samstag, 7. Dez.:** Von 10 bis 14.15 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 14.30 Uhr Jugendstunde, 15.30 Uhr Nachmittagskonzert, 17 Uhr Tanzmusik, 17.45 Uhr Zeit, Sportfunk, 18 Uhr Von deutscher Redefahrt 2, 18.30 Uhr Danzeleubauer Brantshaw, 19.30 Uhr Liebesstunde, 20.15 Uhr Kabarett, 21.45 Uhr Joachim Ringelnatz trägt eigene Gedichte vor, 22.15 Uhr Schweizer Sodelnorette, 23 Uhr Nachrichten, 23.15 Uhr Tanzmusik, 1 Uhr Neues Schallplattenkonzert, 1.30 Uhr Vortrag in fremden Sprachen: Die deutsche chemische Industrie.

**Handel und Verkehr**

**Produktenmarkt.** Die Getreidebörsen lagen in dieser Woche etwas fester, vor allem Weizen. Haier und Roggen waren eher leicht rückwärtig. In Deutschland war das Angebot auf das Anarprogramm der Reichsregierung fast ganz zusammengekrumpft. An den Mehlmärkten blieb das Geschäft gering bei vorfristigen Eindeckungen des Konjums für die allernächste Zeit. Futtermittel waren unverändert. An der Stuttgarter Landesproduktbörsen blieben Weizenheu und Stroh mit 9,5 bzw. 6 Mark pro Doppelzentner unverändert. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 246 (und.) Roggen 177 (- 4), Hafer 162 (- 5) Karf je pro Tonne und Weizenmehl 35 (+ 0,50) Mark pro Doppelzentner.

**Warenmarkt.** Die Großhandelsindexziffer ist mit 135,0 gegenüber der Vorwoche (135,3) um 0,2 Prozent gesunken. Im Eisenmarkt herrscht harte Depression, besonders an den Schrottmarkten. Häber waren die Preise für Zinkblech und zwar um 1,5 Prozent. Die schwierige Wirtschaftslage zeigt sich in der Zunahme der Insolvenzfällen. Die Zahl der Konkurse blieb im November mit 854 gegenüber 802 im Oktober fast unverändert, während sich die Zahl der Verfallsurteilen von 379 im Oktober auf 418 im November erhöht hat. Die Arbeitslosen Zahl hat über das saisonübliche Maß hinaus zugenommen und ist auf über 1 Million gestiegen.

**Zahlungseinstellung der Bankfirma Heinrich Enden und Co., Berlin-Frankfurt a. M.** Die seit 1875 bestehende Bankfirma Heinrich Enden und Co., Berlin-Frankfurt a. M., hat sich an ihre Gläubiger gewandt und stellt einen Verfallsantrag. Die Firma hat, wie sie mitteilt, alle Sanierungsmöglichkeiten erschöpft. Unregelmäßigkeiten sind nicht vorgekommen und Börsennotierungen laufen nicht.

**Getreide**

**Berliner Produktenbörse vom 5. Dez.** Weizen märk. 242-248, Roggen märk. 173-174, Braugerste 187-203, Futtergerste 167 bis 177, Hafer märk. 153-161, Mais wassantfrei ab Hamburg 166, Weizenmehl 29,50-35,25, Roggenmehl 23,80-27,60, Weizenkleie 11-11,50, Roggenkleie 9,75-10,50, Viktorienerbien 29-38, kleine Speiseerbsen 24-28, Futtererbsen 21-22. Allgemeine Tendenz: uneinheitlich.

**Märkte**

**Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 5. Dezember**  
Zugetrieben: 2 Ochsen, 2 Bullen, 50 Janabullen, 63 Jungrinder, 10 Rube, 251 Kälber, 400 Schweine. Unverkauft blieben: 15 Janabullen, 10 Jungrinder.  
Bullen: ausgem. 49-50, vollk. 45-48.  
Jungrinder: ausgem. 52-55, vollk. 46-50, H. 42-45.  
Rube: ausgem. 40-45, vollk. 30-37, H. 23-28, ger. 18-22.  
Kälber: feinste Rast- und beste Sauf. 71-75, mittl. 63 bis 68, ger. 55-61.  
Schweine: über 300 Pfd. 79-80, von 240-300 Pfd. 78 bis 80, von 200-240 Pfd. 75-80, von 100-200 Pfd. 77-78, von 120-160 und unter 120 Pfd. 75-76, Saufen 60-67. — Verkauf: Großvieh schlappend, Ueberstand, Kälber und Schweine mäßig belebt.

**Letzte Nachrichten**

**Die deutschnationale Sezession**

**Berlin, 6. Dezember.** Die „Vörszeitung“ teilt mit: Wie uns aus Kreisen der aus der deutschnationalen Fraktion ausgetretenen Abgeordneten mitgeteilt wird, haben sich neben dem Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Frowein, auch folgende vier namhaften deutschen Hochschullehrer der Sezessionsbewegung angeschlossen: die Berliner Professoren Triepel und Smend, Edward Meyer von der Universität Göttingen und Professor Hoffstein von der Universität Kiel.

**Explosion in einem rumänischen Spital**

**Bukarest, 5. Dezember.** Im Spital zu Ploesti hat sich eine furchtbare Explosion ereignet. Im Aufnahmerraum hatte sich aus bisher unbekannter Ursache geruchloses Gas verbreitet, das sich entzündete, als eine Beamtin sich eine Zigarette anzündete. Die Detonation war so gewaltig, daß das ganze Zimmer in einen Trümmerhaufen verwandelt wurde. Die Beamtin, der Spitaloberwarter und eine Pflegerin erlitten tödliche Verletzungen, so daß sie bald darnach starben. Infolge des Einsturzes der Zwischenwand wurden auch im anschließenden Krankensaal verschiedene Pflegerlinge verletzt. Unter den Kranken brach eine Panik aus. Die Feuerwehr konnte nur mit Mühe das Feuer lokalisieren und die Spitalbewohner beschwichtigen.

**Ein amerikanisches Postgebäude durch eine Explosion zerstört. — 2 Tote, 75 Verletzte**

**Pittsburg, 5. Dezember.** In Runhall, einem Vorort der nahe gelegenen Stadt Homestead, wurde das zweistöckige Postgebäude durch eine gewaltige Explosion zerstört. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind zwei Personen getötet und 75 verletzt worden. Unter den Verletzten befinden sich zahlreiche Passagiere eines Straßenbahnwagens, der im Augenblick der Explosion an dem Postgebäude vorbeifuhr. Sechs Personen werden noch vermisst. Die Ursache der Explosion ist noch nicht geklärt.

**Ein englischer Dampfer im Sturm gekentert. — 16 Mann der Besatzung ertrunken**

**London, 5. Dezember.** Der 2400 Tonnen große britische Dampfer „Frances Duncan“, der sich mit einer Kohlenladung auf der Fahrt von Cardiff nach Rouen befand, wurde während des Sturmes der letzten Nacht in der Nähe von Kap Lands End von einer gewaltigen Woge zum Kentern gebracht und sank innerhalb von einigen Minuten. 16 Mann der Besatzung ertranken, fünf konnten gerettet werden.

**Unmögliches Wetter für Samstag**

Die Luftdruckverteilung hat sich nicht verändert. Von Island her dringen feuchtwarme Luftmassen nach dem Festland vor, so daß für Samstag Fortdauer des wechselvollen, aber milden Wetters zu erwarten ist.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut. Druck und Verlag der W. Kleber'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Unserer heutigen Gesamtauflage liegt ein Prospekt der Firma Paul Beck & Co. Altensteig über Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte bei und bitten wir um dessen Beachtung.



**Staatsbürgerliche Bildungstagung**  
**mit Vorträgen** über:  
**„Deutschlands Außenpolitik nach dem Kriege“**  
 von Studiendirektor H. Schiefel, Stuttgart und  
**„Die Neuregelung der Reparationen“**  
 von Dr. H. Knoher, Stuttgart  
 am 7. Dezember, abends 8 Uhr im „Traubensaal“ in Nagold. Eintritt frei  
 Stadtschultheißenamt. Reichszentrale für Heimatdienst.

**Amtliche Bekanntmachungen**  
**Volksentscheid über das „Freiheitsgesetz“**  
 Nach der Verordnung des Reichsministers des Innern vom 30. Nov. 1929 ist Gegenstand des Volksentscheids die Frage, ob der im Volksbegehren mit dem Kennwort „Freiheitsgesetz“ verlangte Entwurf eines „Gesetzes gegen die Verküpfung des deutschen Volkes“ Gesetz werden soll. Dieser Entwurf ist im Staatsanzeiger Nr. 234 abgedruckt, der auf den Rathhäusern eingesehen werden kann.  
 Die Abstimmung findet am Sonntag, den 22. Dezember 1929 statt.

Die Stimmlisten sind vom Sonntag, den 8. bis Sonntag, den 15. Dezember 1929 während der üblichen Dienststunden, die von den Gemeindebehörden zu erfahren sind, auf den Rathhäusern zu jedermanns Einsicht ausgelegt.

Zur Abstimmung am 22. Dez. wird nur zugelassen, wer in einer Stimmliste oder Kartei eingetragen ist oder einen Stimmschein hat. Stimmberechtigte können nur in dem Stimmbezirk abstimmen, in dessen Stimmliste sie eingetragen sind. Inhaber von Stimmscheinen können in jedem beliebigen Stimmbezirk abstimmen. Stimmscheine werden beim Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen (§§ 9 ff. der Reichsstimmordnung) auf Antrag der Stimmberechtigten von der Gemeindebehörde des Wohnorts ausgestellt.

Wer die Stimmliste (Kartei) für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungsfrist, also bis zum 15. Dez. bei der Gemeindebehörde schriftlich anzeigen oder zur Niederschrift geben. Soweit die Richtigkeit seiner Behauptungen nicht offenkundig ist, hat er für sie Beweismittel zu erbringen.

Über den Einspruch entscheidet der Gemeinderat.  
 Nagold, den 5. Dezember 1929.

Oberamt: Saitinger

**Ev. Kirchengemeinde Altensteig.**  
 Girokonto der Ev. Kirchengemeinde bei der Stadt. Sparkasse Nr. 7

**Ginzuq der Kirchensteuer**  
 Samstag, den 7. Dezember von nachmittags 2—5 Uhr im Gemeindehaus neben dem Lutherjaal.  
 Kirchenpfleger: Keuter.

**Sonderangebot in Frottierwäsche**

1 Handtuch	—,75,	6 St.	4 30
„	—,85,	6 St.	4 90
„	1.10,	6 St.	6 30
„	1.40,	6 St.	8.—
„	1.50,	6 St.	8 60
„	1.90,	6 St.	11.—
„	1.95,	6 St.	11 30
„	2.10,	6 St.	12.—
„	2.50,	6 St.	14 30

Reinhold Hayer, Altensteig.

Fällkräftige  
**BETTFEDERN**  
 kaufen Sie am besten bei  
 Christ. Schwarz, Nagold.

**Baubjagen**  
 Baubjagenholz  
 Baubjagenbogen  
 Baubjagenvorlagen  
 Metallbauarbeiten  
 billigt bei  
 Berg & Schmid  
 Nagold.

**Papierservietten**  
 mit Aufdruck  
 liefert preiswert die  
 W. Rieker'sche Buchdruckerei  
 Altensteig.

Fünfbüronn  
 Am Sonntag, den 8. Dezember 1929  
**60er Feier**  
 mit Mehl-Suppe  
 wozu freundlich einladet  
 Waidelich zur „Sonne“.

Weit über eine Million Deutsche warten jeden Freitag auf den Roman der Münchner Illustrierten. Wenn Sie noch keinen gelesen haben, so lesen Sie jetzt

**Überfall-**  
**Kommando**  
 den Polizeiroman von  
 EDGAR WALLACE!

Zu beziehen durch die W. Rieker'sche Buchhandlung, Altensteig.



Ja!  
 Goethe  
 hat recht:

„Was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen!“

Und hier steht's deutlich schwarz auf weiß, wie frisch Rama im Blauband ist. Ein Blick auf das Datum sagt alles. Durch dieses Garantiedatum unterwerfen sich die Hersteller einer

Fabrikationskontrolle durch die Hausfrau!



MARGARINE

**Rama**  
 im Blauband

doppelt so gut  
 ½ lb 50 Pfg  
 mit Garantie-Zeichen für frische Qualität

Nur eine lebhaft begehrte, nur eine wirklich gute Ware, die täglich frisch auf den Markt kommt, läßt so weitgehende Garantien zu.

Ja: Rama im Blauband darf man getrost nach Hause tragen!

Für den Weihnachtsbedarf

**Taschentücher**

aller Art. für Damen, Herren und Kinder  
 Hübsche Geschenkpackungen

Neuheiten in  
**Schürzen**  
 und Berufsmäntel

in großer Auswahl  
 zu billigsten Preisen

**GUSTAV WUCHERER**  
 ALTENSTEIG

**Mensch, ärgere Dich**

nicht, wenn Du daran denkst, wie Deine Frau letztes Jahr vor den Feiertagen sämtliche Zimmer aufräumte, um die Böden anstreichen zu lassen. Jetzt bleibt jedes Möbelstück an seinem Platz stehen. Du merkst nichts von der ganzen Buzerei, denn die Böden erhalten nun mühelos und billig in einem Arbeitsgang haltbaren Anstrich und Spiegelglanz. Sämtliche Böden, ob alt oder neu, werden wie Barock für nur M 1.25 mit einer Dose

**KINESSA**  
 HÖLZ-BALSAM

Schwarzwald-Drogerie Fr. Schlumberger

